



**ANPACKEN.
FÜR UNSER LAND.**

Antworten der SPD zum Fragenkatalog des Bundesverbandes Alphabetisierung und Grundbildung e.V.

Antworten zum Fragenkomplex für Artikel in pädagogische Fachzeitschriften:

1.1. Auch Menschen mit geringen Lese- und Schreibfähigkeiten sollen am politischen Leben in diesem Land teilhaben können. Was tut Ihre Partei dafür, dass Ihr Wahlprogramm bzw. Ihr Grundsatzprogramm auch diesen Menschen zugänglich wird?

zu Frage 1:

Durch unsere umfangreichen Internetaktivitäten sorgen wir dafür, diese Menschen einzubeziehen. Dabei haben wir gute Erfahrungen gemacht, wie wir an den Rückmeldungen sehen können.

1.2. In der Fernsehsendung „report.Mainz“ der ARD wird von einem Analphabeten berichtet, dem die Arbeitsagentur das Arbeitslosengeld II gestrichen hat, da er nicht in der Lage war, Bewerbungen zu schreiben. Ihm wurden kein Alphabetisierungskurs und keine Hilfe angeboten. Der Mann wurde obdachlos. Was sagt Ihre Partei zu diesem Fall?

Quelle: <http://www.swr.de/report/-/id=233454/nid=233454/did=4293806/qaj6rn/index.html>

zu Frage 2 und 5:

Es ist grundsätzlich nicht Aufgabe der Grundsicherungsträger, die Bundesländer auf Kosten des Bundes aus der Verantwortung für ihre Bildungshoheit zu entlassen. Alphabetisierungskurse werden daher nicht als eigenständige Regelförderung aus Mittel des SGB II finanziert. Trotzdem muss natürlich der Tatsache Rechnung getragen werden, dass Analphabetismus ein sogenanntes "Vermittlungshemmnis" darstellt.

Es gilt aber nach wie vor: Wenn jemand seinen Rechtsanspruch auf Nachholen des Hauptschulabschlusses geltend macht, beinhaltet dies zwangsläufig eine Alphabetisierung. Ebenso ist denkbar, Maßnahmen nach § 46 SGB III oder nach § 16d SGB II mit Qualifizierungsstellen zu ergänzen, in denen die Alphabetisierung durchgeführt wird. Eine Förderung ist also denkbar, wenn ein Hilfebedürftiger seinen Hauptschulabschluss nachholt oder sich während einer Maßnahme zur beruflichen Integration herausstellt, dass das Maßnahmeziel wegen des Analphabetismus nicht erreicht werden kann. In beiden Fällen ist die Alphabetisierung aber Bestandteil einer übergeordneten Maßnahme.

1.3. Einem türkischen Analphabeten wurde vom Verwaltungsgericht Baden-Württemberg die Einbürgerung verweigert. Die Begründung: Man müsse die deutsche Schriftsprache beherrschen, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. Wie ist die Haltung Ihrer Partei zu diesem Fall? Quelle: <http://www.sueddeutsche.de/jobkarriere/123/459762/text/>

zu Frage 3:

Das Beherrschen der deutschen Sprache in Wort und Schrift ist elementar, um teilhaben zu können an unserer Gesellschaft. Deshalb muss alles unternommen werden, die Menschen in die Lage zu versetzen Sprechen, Schreiben, Lesen zu können – egal welche Vorbildung sie mitbringen.

Der SPD war es bei der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes ein wichtiges Anliegen, die hierin enthaltenen Sprachkurse insbesondere auch für bildungsferne, bis hin für Teilnehmerinnen und Teilnehmern anzubieten, die bisher noch nicht Schreiben und Lesen können. Wir wollen, dass jeder durch niederschwellige und passgenaue Angebote die Möglichkeit bekommt, die deutsche Sprache zu erlernen.

Was primär für Ausländerinnen und Ausländer konzipiert wurde, die neu zu uns kommen, ist aber auch für jene offen, die schon seit Jahren bei uns sind. Auch sie können die Sprachkurse (die mitunter als Alphabetisierungskurse starten) in Anspruch nehmen.

In der großen Koalition konnten wir erreichen, dass der Sprachkurs von 600 auf nun 900 Stunden ausgebaut wurde. Damit versetzen wir noch mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die Lage, das angestrebte Ziele (Sprachniveau B1) zu erreichen.

Einbürgerung setzt die Kenntnis der deutschen Sprache voraus. So steht es in § 10 des Staatsangehörigkeitsrechts. Diese Voraussetzung ist letztendlich erforderlich, um als Staatsbürger auch die damit verbundenen Rechte in Gänze nutzen zu können. Bei dem zu erbringenden Nachweis ist aber zu beachten, dass bei erfolgreicher Teilnahme an einem Integrationskurs, die Einbürgerungsbehörde ohne weiteres davon ausgehen kann, dass die sprachlichen Anforderungen erfüllt sind.

1.4. Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung finanziert sich vor allem aus Spenden. Andere europäische Länder wie England haben die Alphabetisierungsarbeit staatlich institutionalisiert und finanzieren daraus Beratungsangebote, Kurse, Projekte, Serviceleistungen etc. Wie ist die Haltung ihrer Partei zu dieser Situation?**zu Frage 4:**

Entsprechend dem Ziel der Weltalphabetisierungsdekade wollen wir die Zahl der geschätzten vier Millionen funktionalen Analphabeten in Deutschland erheblich reduzieren.

Zwar ist die Zahl der öffentlich geförderten Kursplätze zur Alphabetisierung in den letzten Jahren bereits gestiegen, doch müssen die Angebote weiterhin ausgeweitet werden, damit alle die dies möchten, die Chance erhalten Lesen und Schreiben zu erlernen. Insbesondere die Arbeit der Volkshochschulen, die die Alphabetisierungsarbeit vorwiegend tragen, wollen wir unterstützen.

1.5. Die Agenda 2010 stand unter der Formel „Fordern und Fördern“. Seit 2009 gibt es für die Teilnahme an Alphabetisierungskursen keine Förderung mehr aus Mitteln der Arbeitsverwaltung. Wie stehen Sie zu dieser Entwicklung?

Quelle: http://www.focus.de/wissen/bildung/sprache/tid-13726/bildung-alpha-wie-bitte_aid_382422.html

zu Frage 5:

siehe Frage 2

1.6. Gibt es nach Auffassung Ihrer Partei ein Grundrecht auf Lesen und Schreiben?**zu Frage 6:**

Bildung ist ein Menschenrecht. Lesen und Schreiben zu können, ist die Grundlage für eine gute Bildung und für Teilhabe in einer zunehmend komplexer werdenden Welt. Das Menschenrecht auf Bildung endet nicht mit dem Erwachsenwerden. Wer es im ersten Anlauf nicht geschafft hat und einen erneuten Versuch machen möchte, verdient das Recht auf eine zweite und dritte Chance. Bildung muss immer möglich sein – ein Leben lang, auch nach der Erwerbsphase.

Die Antworten des zweiten Fragenkomplexes richten sich an Erstwähler mit Lese- und Schreibproblemen. Ihre Antworten werden in leicht lesbaren Texten veröffentlicht. Wir bitten um eine dementsprechende Formulierung Ihrer Antworten.

Antworten zum Fragenkomplex an Erstwähler mit Lese- und Schreibproblemen:

2.1. Was will Ihre Partei für Jugendliche tun?

zu Frage 1:

Die SPD wird die Jugendpolitik als eigenständiges Politikfeld stärken. Es reicht nicht, wie es in den vergangenen Jahren zunehmend die Tendenz war, jugendpolitisches Handeln vornehmlich auf eine Querschnittsaufgabe zu reduzieren.

Wir wollen eine Jugendpolitik, die sich auf die spezielle Lebensphase der Jugend fokussiert, eine Politik für die Jugend und vor allem mit ihr. Generell geht es uns um mehr Mitsprache und Mitwirkung von jungen Menschen, insbesondere dann, wenn es um ihre Belange geht. Das demokratische Miteinander muss schon früh erprobt werden. Es braucht die Einmischung aller Generationen.

Wir wollen Kindern und Jugendlichen eine stärkere Stimme in unserer Gesellschaft geben. Deshalb kämpfen wir dafür, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen gesund aufwachsen können. Deshalb werden wir die Gesundheitsförderung und Prävention zu einer eigenständigen Säule des Gesundheitswesens ausbauen. Wir planen, das lokale Gesundheitswesen durch ein Präventionsgesetz besser mit der Kinder- und Jugendhilfe zu vernetzen.

2.2. Welche Ziele hat Ihre Partei für den Umweltschutz?

zu Frage 2:

Unser oberstes Ziel im Bereich Umwelt ist der Klimaschutz, es muss gelingen, den CO₂-Ausstoß drastisch zu verringern. Bei dieser Aufgabe übernimmt die SPD heute bereits Verantwortung für zukünftige Generationen: Wir werden den internationalen wissenschaftlichen Vorgaben entsprechend die CO₂ Emissionen in Industriestaaten bis 2050 gegenüber 1990 um 80 – 95 % reduzieren. Um den Ausstoß von CO₂ zu reduzieren, müssen wir vor allem unsere Energieerzeugung umbauen: Eckpfeiler unseres modernen Energiekonzeptes sind das Festhalten am Atomausstieg und der Ausbau der Erneuerbaren Energien. Denn, Atomkraft ist auch kein Beitrag zum Klimaschutz sondern eine gefährliche Risikotechnologie. Atomkraftwerke stellen nur Strom bereit und können den CO₂ Ausstoß von Verkehr und Heizung nicht mindern. Da Atomkraftwerke nur Strom produzieren, aber keine nutzbare Wärme, sind zusätzlich zu den Atomkraftwerken noch weitere Energieträger nötig - mit entsprechendem Ausstoß von CO₂. Die Nutzung der Kernkraft ist auch kein Beitrag zur bezahlbaren Energieversorgung. Andernfalls müssten die Strompreise derzeit sinken, denn die Atomkraftwerke laufen ja. Die SPD wird diese verantwortungslose Energiepolitik keinesfalls mittragen, mit der wir unseren Kinder und allen nachkommenden Generationen weiter wachsende radioaktive Müllberge vor die Tür stellen.

2.3. Wie steht Ihre Partei zum Mindestlohn?

zu Frage 3:

Wir haben in der Großen Koalition gegen den Widerwillen der Union eine Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und die Neufassung des Mindestarbeitsbedingengesetzes durchgesetzt, um mehr Branchen gegen Dumpinglöhne abzusichern. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter. Wir werden in möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne ermöglichen. Und wir werden überall dort Mindestarbeitsbedingungen vorantreiben, wo die Sozialpartner dazu aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage sind. Unser

Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn, der eine unterste Grenze markiert, unter die Löhne nicht fallen dürfen. Eine Mindestlohn-Kommission soll ihn festsetzen. Wir gehen davon aus, dass ein Mindestlohn von 7,50 Euro zur Zeit eine sinnvolle Orientierungsmarke ist.

2.4. Würde Ihre Partei die bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Zigaretten-, Alkohol- und Marihuanakonsum ändern?

zu Frage 4:

Wir wollen die guten Regelungen zum Jugendschutz vor Drogenmissbrauch nicht ändern. Wenn es um Nichtraucherschutz geht, stehen wir einer Verbesserung der heutigen Regelungen nicht im Wege. Dies ist weitestgehend jedoch Landesrecht.

2.5. Was will Ihre Partei für die Integration ausländischer Mitbürger tun?

zu Frage 5:

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten dafür ein, dass in unserem Land Menschen mit verschiedener Herkunft eine gemeinsame Zukunft aufbauen können. Dazu brauchen wir eine Kultur der Anerkennung, die kulturelle Vielfalt nicht leugnet, sondern die kulturelle Unterschiede als Möglichkeit von neuer Gemeinsamkeit begreift. Wir wollen Einwanderer in ihrem Mut stärken, in Deutschland ihre Heimat zu finden, und sie in ihren Anstrengungen fördern, an der gemeinsamen Kultur in unserem Land teilzuhaben. Dazu ist der Spracherwerb die erste und wichtigste Voraussetzung. Das allein genügt aber nicht. Sondern dazu gehören auch die öffentliche Förderung der Migrationskulturen und ganz besonders der Bereich der interkulturellen Bildung.

Integration bedeutet die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Dazu brauchen wir eine bessere Förderung und gleiche Chancen vor allem im Bildungssystem. Wir wollen mit besonderen Förderprogrammen und Modellprojekten dazu beitragen, dass die Position von Migrantinnen und Migranten im Erwerbsleben besser wird. Die öffentlichen Institutionen und die Verwaltung wollen wir interkulturell öffnen und den Migrantenanteil der Angestellten im öffentlichen Dienst erhöhen.

Wir erleichtern den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für Menschen, die in unserem Land geboren sind oder seit langem mit uns zusammenleben. Doppelte Staatsbürgerschaft akzeptieren wir – die Menschen sollen sich mit dem Land ihrer Herkunft und mit Deutschland identifizieren.

Viele Einwanderer sind gut ausgebildet, müssen aber erleben, dass ihre Qualifikationen in Deutschland nicht anerkannt werden. Damit sie in Zukunft mehr Möglichkeiten haben, ihre Fähigkeiten zum Einsatz zu bringen, planen wir eine bessere Anerkennung von Qualifikationen aus Herkunftsländern.

Wir müssen und wollen attraktiver für Einwanderer werden. Wir wollen qualifizierte Einwanderung besser ermöglichen und steuern. Gleichzeitig wollen wir die Menschen, die bereits im Lande sind, in den Arbeitsmarkt integrieren. Wir wollen den Zuzug von ausländischen Ehegatten zu Deutschen und Ausländern erleichtern.

2.6. Was tut Ihre Partei, damit möglichst jeder Jugendliche eine geeignete Ausbildungsstelle findet oder einen Arbeitsplatz erhält?

zu Frage 6:

Die SPD will, dass alle Menschen Arbeit haben. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist eine Berufsausbildung. Alle Jugendlichen haben ein Recht auf Ausbildung.

Wir wollen das duale System stärken. Es ist vor allem die Aufgabe der Wirtschaft sicherzustellen, dass genügend Ausbildungsplätze angeboten werden. Vor diesem Hintergrund

werden wir den Ausbildungspakt weiterentwickeln und streben an, die Ausbildungsplatz-Verpflichtungen der Wirtschaft weiter zu erhöhen.

Wir wollen eine Berufsausbildungsgarantie für alle, die älter als 20 Jahre sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben. Sie sollen eine Chance in außerbetrieblichen Ausbildungsangeboten bekommen und sich dort in Berufen mit Arbeitskräftebedarf qualifizieren können.

Das Ziel der SPD bleibt die Vollbeschäftigung. Wir wollen gute Arbeit. Sie muss fair bezahlt sein, darf nicht krank machen, muss Möglichkeiten zur Weiterbildung eröffnen und familienfreundlich gestaltet sein. Jährlich verlassen 80.000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Für sie sind die Chancen, einen Ausbildungsplatz zu finden und später einer guten Arbeit nachzugehen, schlecht.

Wir wollen die Zahl der Schulabbrecher drastisch reduzieren. Über klare Zielvereinbarungen wollen wir erreichen, dass die Zahl der Schulabbrecher jährlich um mindestens 10 % gesenkt wird.

Die SPD will den Übergang zwischen Schule und Arbeitswelt besser gestalten und die Schülerinnen und Schüler bereits in den allgemeinbildenden Schulen gut auf die Berufsausbildung vorbereiten. Die Arbeits- und Berufsorientierung muss fest an allen Schulen verankert werden. Gemeinsam mit einer umfangreichen Beratung und Berufswahlvorbereitung soll sie zum Pflichtangebot in allen allgemeinbildenden Schulen gemacht werden.

Damit junge Menschen schon früh Einblicke in die Arbeitswelt erhalten und erste eigene Erfahrungen sammeln können, wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Schulen und den Akteuren der regionalen Wirtschaft fördern und Schulen und Betriebe besser miteinander verzahnen.

2.7. Wie sieht für Ihre Partei eine gute Bildungspolitik aus?

zu Frage 7:

Bildung ist ein Menschenrecht. Jedes Kind hat das gleiche Recht auf eine gute Bildung – als Grundlage für ein erfülltes Leben und als Eintrittskarte für gute, qualifizierte Arbeit. Die SPD gibt der Bildungspolitik eine hohe Priorität. Wir setzen uns ein für ein offenes und durchlässiges Bildungssystem, in dem der Bildungserfolg nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Die SPD steht für eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Master in der Hochschule. Bildung ist für die SPD mehr als die Anhäufung von Wissen. Wir haben einen ganzheitlichen Bildungsbegriff, der das soziale Lernen genauso mit einbezieht wie die Persönlichkeitsentwicklung im Bereich des außerschulischen Lernens. Politische Bildung, Sport und gesellschaftliches Engagement sind für uns wichtige Säulen einer ganzheitlichen Bildung.

Bildung muss so früh wie möglich ansetzen, denn so können Benachteiligungen früh ausgeglichen werden. Die SPD hat durchgesetzt, dass ab 2015 alle Kinder ab eins einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz haben. Als nächsten Schritt werden wir den Kita-Besuch schrittweise gebührenfrei gestalten. Wir wollen, dass alle Kinder länger gemeinsam lernen können und werden das mit einer besseren individuellen Förderung jedes Kindes und jedes Jugendlichen verbinden. Gemeinschaft und Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen durch gemeinsame Bildung und Erziehung. Ausgrenzung ist keine Lösung –das gilt für Kinder mit Behinderung, für Lernschwache und für solche, die im Elternhaus unzureichende Hilfestellung erfahren. Wir wollen, dass möglichst alle Kinder mit Behinderungen gemeinsam mit Kindern ohne Behinderungen zur Schule gehen können.

Damit mehr Kinder aus einkommensschwachen Familien das Abitur machen können, werden wir das Schüler-BAföG wieder stark machen. Schüler und Schülerinnen aus einkommensschwachen Familien sollen auf dem Weg zum Abitur ab der 11. Klasse finanziell unterstützt werden.

Die Entscheidung junger Menschen für ein Studium darf nicht an finanziellen Hürden scheitern. Die SPD setzt sich deshalb für ein starkes BAföG ein. Wir werden das Studierenden-BAföG so

ausweiten, dass Studieren auch in späteren Phasen der Erwerbsbiografie möglich wird. Dazu gehört, dass auch Teilzeitstudiengänge und weiterbildende Master-Studiengänge gefördert werden können. Dazu gehört auch, die Altersgrenze für den BAföG-Bezug anzuheben.

2.8. Meinen Sie, dass der aktuelle Satz von Hartz IV angemessen ist?

zu Frage 8:

Menschen in Arbeitslosigkeit dürften nicht in Armut abrutschen. Es wird auch weiterhin eine regelmäßige Überprüfung der Regelsätze des Arbeitslosengeldes II und gegebenenfalls eine bedarfsgerechte Erhöhung geben. Altersvorsorge ist wichtig. Deswegen wollen wir, dass Vermögen, das der privaten Altersvorsorge dient, künftig nicht mehr auf das Arbeitslosengeld II angerechnet wird. Voraussetzung ist, dass unwiderruflich mit Beginn des Ruhestandes eine monatliche Rente garantiert wird.